

**No. 34011**

---

**AUSTRIA  
and  
LITHUANIA**

**Agreement for the promotion and protection of investments.  
Signed at Vienna on 28 June 1996**

*Authentic texts: German, Lithuanian and English.  
Registered by Austria on 21 August 1997.*

---

**AUTRICHE  
et  
LITUANIE**

**Accord relatif à la promotion et à la protection des investissements. Signé à Vienne le 28 juiu 1996**

*Textes authentiques : allemand, lituanien et anglais.  
Enregistré par l'Autriche le 21 août 1997.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

## ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK LITAUEN ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ VON INVESTITIONEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE REPUBLIK LITAUEN,

im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

### ARTIKEL 1

#### Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Investition“ jede Art von Vermögenswert, der auf dem Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit deren Gesetzen und Rechtsvorschriften von einem Investor der anderen Vertragspartei veranlagt wird, und umfaßt insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Anteilsrechte und jede andere Art von Beteiligungen an Unternehmen;
- c) Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf irgendeine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- d) geistige und gewerbliche Schutzrechte, wie sie in den im Rahmen der Weltorganisation für Geistiges Eigentum abgeschlossenen multilateralen Abkommen definiert wurden, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Urheberrechte, Handelsmarken, Erfinderpateente, gewerbliche Modelle sowie technische Verfahren, Know-how, Handelsgeheimnisse, Handelsnamen und Goodwill;
- e) öffentlichrechtliche Konzessionen für die Aufsuchung oder die Gewinnung von Naturschätzen;

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“

- a) in bezug auf die Republik Österreich
  - i) jede natürliche Person, die Staatsangehöriger der Republik Österreich ist und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
  - ii) jede juristische Person oder Personengesellschaft, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Republik Österreich geschaffen wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Österreich hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) in bezug auf die Republik Litauen
  - i) jede natürliche Person, die die Nationalität der Republik Litauen in Übereinstimmung mit deren Gesetzen besitzt und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
  - ii) jede Gesellschaft, die in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Rechtsvorschriften der Republik Litauen registriert wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Litauen hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- c) jede juristische Person, Personengesellschaft oder jede andere Gesellschaft, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften eines dritten Staates errichtet wurde und die direkt oder indirekt von Staatsangehörigen einer Vertragspartei oder von Einheiten, die ihren Sitz (Hauptverwaltung) im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei haben, kontrolliert wird, wobei davon auszugehen ist, daß Kontrolle einen entscheidenden Einfluß bedeutet.

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte;

(4) bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“

a) in bezug auf die Republik Österreich

das Hoheitsgebiet der Republik Österreich;

b) in bezug auf die Republik Litauen

das Hoheitsgebiet der Republik Litauen, einschließlich der Hoheitsgewässer und aller Meeres- und Unterwassergebiete, in denen die Republik Litauen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, Rechte zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung und Erhaltung des Meeresbodens, des Untergrundes und der Naturschätze ausüben kann.

(5) umfaßt der Begriff „Enteignung“ auch die Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit gleicher Wirkung.

(6) bezeichnet „ohne ungebührliche Verzögerung“ den für die Erfüllung der notwendigen Formalitäten bei Transferzahlungen üblicherweise erforderlichen Zeitraum. Dieser Zeitraum beginnt mit dem Tag, an dem der Antrag auf Transferzahlung gestellt wird, und darf drei Monate keinesfalls überschreiten.

## ARTIKEL 2

### Förderung und Schutz von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese Investitionen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und gewährt diesen Investitionen in jedem Fall eine gerechte und billige Behandlung.

(2) Gemäß Artikel I Absatz 1 dieses Abkommens genehmigte Investitionen und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle einer Wiederveranlagung solcher Erträge auch für deren Erträge. Jede Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte veranlagt oder wiederveranlagt werden, einschließlich der rechtlichen Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der gastgebenden Vertragspartei vorgenommen wird, beeinträchtigt deren Eigenschaft als Investition nicht.

## ARTIKEL 3

### Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei gewährt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen eine nicht weniger günstige Behandlung als ihren eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 sind nicht dahingehend auszulegen, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privilegs einzuräumen, welcher sich ergibt aus

a) jeder gegenwärtigen oder zukünftigen Zollunion, jedem gegenwärtigen oder zukünftigen gemeinsamen Markt, jeder gegenwärtigen oder zukünftigen Freihandelszone oder Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft oder jeder Vereinbarung, deren Ziel eine Wirtschaftsgemeinschaft ist;

b) jedem gegenwärtigen oder zukünftigen internationalen Abkommen, jeder gegenwärtigen oder zukünftigen zwischenstaatlichen Vereinbarung oder jeder gegenwärtigen oder zukünftigen innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;

c) jeder Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs.

#### ARTIKEL 4

##### Entschädigung

(1) Investitionen von Investoren einer der beiden Vertragsparteien dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nicht enteignet werden, ausgenommen für einen öffentlichen Zweck, auf Grundlage der Nicht-Diskriminierung, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung.

(2) Diese Entschädigung hat dem gerechten Marktwert der Investition zu entsprechen, der in Übereinstimmung mit anerkannten Bewertungsregeln bestimmt wird, und zwar unmittelbar vor dem oder zu dem Zeitpunkt, in dem die Entscheidung über die Enteignung angekündigt oder öffentlich bekannt wurde, je nach dem, welcher früher ist. Falls sich die Zahlung der Entschädigung verzögert, wird die Entschädigung in einer Höhe geleistet, die den Investor nicht in eine ungünstigere Lage bringt, als die, in der er sich befände, wäre die Entschädigung unmittelbar zum Zeitpunkt der Enteignung geleistet worden. Um dieses Ziel zu erreichen, schließt die Entschädigung Zinsen berechnet auf der Basis der gültigen LIBOR-Rate oder des Äquivalents dazu vom Zeitpunkt der Enteignung bis zum Zeitpunkt der Zahlung ein. Die letztlich festgelegte Entschädigung wird an den Investor unverzüglich in einer frei konvertierbaren Währung geleistet, wobei ein freier Transfer ohne ungebührliche Verzögerung gestattet wird. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(3) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte eines Unternehmens, das als ein Unternehmen dieser Vertragspartei gilt, und an dem ein Investor der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzt, dann wendet sie die Bestimmungen von Absatz 1 dieses Artikels so an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(5) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung und die Zahlungsmodalitäten entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 9 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

(6) Investoren im Sinne des Artikels 1 Absatz 2 lit. c, können keine Ansprüche auf Grund von Absätzen dieses Artikels geltend machen, wenn eine Entschädigung bereits auf Grund einer ähnlichen Bestimmung in einem anderen Investitionsschutzabkommen bezahlt wurde, das die Vertragspartei, in deren Gebiet die Investition erfolgte, abgeschlossen hat.

#### ARTIKEL 5

##### Entschädigung für Schaden oder Verlust

(1) Falls Investitionen von Investoren einer der beiden Vertragsparteien einen Schaden oder Verlust auf Grund eines Krieges oder anderer bewaffneter Konflikte, eines nationalen Notstandes, einer Revolte, von Bürgerunruhen, eines Aufstandes, von Aufruhr oder ähnlicher Ereignisse im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erleiden, wird ihnen hinsichtlich Rückerstattung, Schadloshaltung, Entschädigung oder anderer Regelung seitens der letztgenannten Vertragspartei eine nicht weniger günstige Behandlung gewährt als jene, die die letztgenannte Vertragspartei ihren eigenen Investoren oder Investoren eines Drittstaates gewährt, je nachdem, welche die günstigste ist.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 erhalten Investoren einer Vertragspartei, die bei irgendeinem in dem genannten Absatz angeführten Ereignis auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einen Schaden oder Verlust durch

a) Beschlagnahme ihres Eigentums oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der letzteren Vertragspartei,

b) Blockieren lebenswichtiger Zufuhren durch die letztere Vertragspartei oder

c) Zerstörung ihres Eigentums oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der letzteren Vertragspartei,

die nicht durch Kampfhandlungen verursacht wurde oder unter den gegebenen Umständen nicht erforderlich war,

erleiden, umgehende Rückerstattung oder umgehende und angemessene Entschädigung, wenn eine Rückerstattung für den erlittenen Schaden oder Verlust nicht möglich ist. Daraus folgende Zahlungen sind in einer frei konvertierbaren Währung zu leisten und sind ohne ungebührliche Verzögerung frei transferierbar.

## ARTIKEL 6

### Transfer

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung von im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich,

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition;
- b) von Beträgen, die zur Abdeckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;
- c) der Erträge;
- d) der Rückzahlung von Darlehen;
- e) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- f) einer Entschädigung gemäß Artikel 4 und 5 dieses Abkommens;
- g) von Zahlungen auf Grund einer Streitbeilegung.

(2) Die Zahlungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Transferzahlung im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, von der aus der Transfer vorgenommen wird, gelten.

(3) Transfers werden zu dem am Tag des Transfers am Spotmarkt vorherrschenden Wechselkurs vorgenommen. In Ermangelung eines Devisenmarktes ist der anzuwendende Kurs der letztgültige Kurs für in das Gastland gerichtete Investitionen oder der Wechselkurs für die Umrechnung von Devisen in Sonderziehungsrechte oder Dollár der Vereinigten Staaten, je nachdem, was für den Investor günstiger ist.

## ARTIKEL 7

### Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hiezu ermächtigte Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 dieses Abkommens und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10 dieses Abkommens, die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle solche Rechte oder Ansprüche an, welche diese Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von an die betreffende Vertragspartei auf Grund einer solchen Übertragung zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4, 5 und 6 dieses Abkommens sinngemäß.

## ARTIKEL 8

### Andere Verpflichtungen

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer der beiden Vertragsparteien oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei hält jede vertragliche Verpflichtung ein, die sie gegenüber einem Investor der anderen Vertragspartei in bezug auf von ihr genehmigte Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

## ARTIKEL 9

## Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

(1) Jede Streitigkeit aus einer Investition zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei wird, so weit wie möglich, zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt.

(2) Kann eine Streitigkeit im Sinne von Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten ab einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche beigelegt werden, wird die Streitigkeit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei den folgenden Verfahren unterworfen, und zwar entweder

- a) einem Vergleichs- oder Schiedsverfahren vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, das auf Grund des Übereinkommens zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten, aufgelegt zur Unterzeichnung in Washington am 18. März 1965 (Washingtoner Konvention), eingerichtet wurde. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen der Vertragspartei und dem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu; jede derartige Streitigkeit diesem Zentrum zu unterbreiten. Diese Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, daß die innerstaatlichen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft worden sind; oder
- b) einem Schiedsverfahren durch drei Schiedsrichter in Übereinstimmung mit den UNCITRAL-Schiedsregeln in der jeweils zum Zeitpunkt des Verlangens nach Einleitung des Schiedsverfahrens nach der letzten von beiden Vertragsparteien angenommene Abänderung geltenden Fassung. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen der Vertragspartei und dem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu; jede derartige Streitigkeit dem erwähnten Schiedsgericht zu unterwerfen.

(3) Die Schiedsurteile sind endgültig und bindend für beide Streitparteien. Jede Vertragspartei vollstreckt diese in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen und in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche aus 1958 (New Yorker Konvention), der Washingtoner Konvention und den UNCITRAL-Schiedsregeln.

(4) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, darf in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsurteils den Einwand geltend machen, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie bereits eine Entschädigung bezüglich aller oder Teile seiner Verluste erhalten habe.

## ARTIKEL 10

## Streitigkeiten und Konsultationen zwischen den Vertragsparteien

(1) Jede Vertragspartei kann der anderen Vertragspartei Konsultationen über jede Angelegenheit, die die Anwendung des gegenwärtigen Abkommens berührt, vorschlagen. Diese Konsultationen werden über Vorschlag einer der Vertragsparteien an einem Ort und zu einem Zeitpunkt, die auf diplomatischem Wege vereinbart werden, abgehalten.

(2) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(3) Kann eine Streitigkeit gemäß Absatz 2 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Antrag einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(4) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und diese beiden Mitglieder einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als Vorsitzenden. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(5) Werden die in Absatz 4 festgelegten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen diesbezüglichen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert diese Funktion auszuüben, so ist der Vizepräsident oder im Falle seiner Verhinderung das nächststienälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen einzuladen, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(6) Das Schiedsgericht beschließt seine Verfahrensordnung selbst.

(7) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; der Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(8) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Rechtsvertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann jedoch in seinem Schiedsspruch eine andere Kostenregelung treffen.

#### **ARTIKEL 11**

##### **Anwendung dieses Abkommens**

Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften von Investoren der anderen Vertragspartei nach dem 29. Dezember 1990 vorgenommen werden.

#### **ARTIKEL 12**

##### **Konsultationen**

Insoweit die Mitgliedschaft einer der Vertragsparteien bei einer Wirtschaftsgemeinschaft die Anwendbarkeit von Bestimmungen dieses Abkommens berührt, werden beide Vertragsparteien die offenen Fragen im Wege von Konsultationen bereinigen.

#### **ARTIKEL 13**

##### **Abänderungen**

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens oder zu irgendeinem späteren Zeitpunkt können die Bestimmungen dieses Abkommens in der Weise abgeändert werden, wie sie zwischen den Vertragsparteien vereinbart wird. Solche Abänderungen treten in Kraft, wenn sich die Vertragsparteien gegenseitig die Erfüllung der erforderlichen verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten mitgeteilt haben.

#### **ARTIKEL 14**

##### **Inkrafttreten und Dauer**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat.

(2) Dieses Abkommen bleibt für einen Zeitraum von zehn Jahren in Kraft; danach wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die vor dem Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 11 des Abkommens noch für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren vom Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Wien, am 28. Juni 1996, in zwei Urschriften, jede in deutscher, litauischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle unterschiedlicher Auslegung geht der englische Text vor.

Für die Republik  
Österreich:

WOLFGANG SCHÜSSEL

Für die Republik  
Litauen:

POVILAS GYLYS

[LITHUANIAN TEXT — TEXTE LITUANIEN]

## AUSTRIJOS RESPUBLIKOS IR LIETUVOS RESPUBLIKOS SUTAR- TIS DĖL INVESTICIJŲ SKATINIMO IR APSAUGOS

AUSTRIJOS RESPUBLIKA IR LIETUVOS RESPUBLIKA, toliau vadinamos "Susitariančiosiomis Šalimis",

SIEKDAMOS sukurti palankias sąlygas platesniam ekonominiam Susitariančiųjų Šalių bendradarbiavimui,

PRIPAŽINDAMOS, kad investicijų skatinimas ir jų apsauga gali sustvirtinti pasiryžimą atlikti investicijas ir taip prisidėti prie ekonominių santykių plėtojimo,

SUSITARĖ:

### 1 STRAIPSNIS

#### Sąvokos

Šios Sutarties tikslais:

(1) sąvoka "investicija" reiškia bet kurios rūšies turtą, kurį vienos Susitariančiosios Šalies investitorius investavo kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje pagal jos įstatymus ir kitus teisės aktus, ir ypač, bet ne išimtinai, apima:

a) kilnojamąjį ir nekilnojamąjį turtą, taip pat kitas teises in rem, tokias kaip hipoteka, turto areštas, įkeitimas ir panašios teisės;

b) akcijas ir bet kurias kitas dalyvavimo įmonėje formas;

c) pretenzijas į pinigus, kurie buvo perduoti, kad būtų sukurta ekonominė vertė, arba pretenzijas į bet kokią ekonominę vertę turinčią veiklą;

d) intelektualinės ir pramoninės nuosavybės teises, kaip apibrėžta daugiašalėse Sutartyse, sudarytose Pasaulinės intelektualinės nuosavybės organizacijos ribose, įskaitant, bet ne išimtinai, autorines teises, prekių ženklus, patentus, pramoninius pavyzdžius ir techninius procesus, know-how, prekybines paslaptis, prekybinius pavadinimus ir goodwill;

e) įstatymų suteiktas verslo koncesijas žvalgyti arba eksploatuoti gamtinius išteklius.

(2) Sąvoka "investitorius" reiškia

a) Austrijos Respublikos atžvilgiu:

i) bet kurį fizinį asmenį, kuris yra Austrijos Respublikos pilietis ir atlieka investiciją kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje;



ii) bet kurį juridinį asmenį arba bendrovę, įsteigtą pagal Austrijos Respublikos įstatymus, kurios buveinė yra Austrijos Respublikos teritorijoje, ir atliekančią investiciją kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje;

b) Lietuvos Respublikos atžvilgiu:

i) bet kurį fizinį asmenį, turintį Lietuvos Respublikos pilietybę pagal jos įstatymus ir atliekantį investiciją kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje;

ii) bet kurį ūkio subjektą, įregistruotą pagal Lietuvos Respublikos įstatymus ir kitus teisės aktus, kurios buveinė yra Lietuvos Respublikos teritorijoje, ir atliekantį investiciją kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje;

c) bet kurį juridinį asmenį, bendrovę ar bet kurį kitą ūkio subjektą, įsteigtą pagal trečiosios valstybės įstatymus, tiesiogiai ar netiesiogiai kontroliuojamą Susitariančiosios Šalies piliečių ar ūkio subjektų, turinčių savo buveinę Susitariančiosios Šalies teritorijoje; laikoma, kad kontrolė reiškia dominuojančią įtaką.

(3) Sąvoka "pajamos" reiškia sumas, gaunamas iš investicijos, ir ypač, bet ne išimtinai, pelną, palūkanas, kapitalo apyvartos pajamas, dividendus, autorinius honorarus, licenzijas ir kitus mokesčius.

(4) Sąvoka "teritorija" reiškia

a) Austrijos Respublikos atžvilgiu Austrijos Respublikos teritoriją.

b) Lietuvos Respublikos atžvilgiu Lietuvos Respublikos teritoriją, įskaitant teritorinę jūrą ir bet kuriuos jūrinius ir povandeninius plotus, kuriuose pagal tarptautinę teisę Lietuva gali naudotis jūros dugno, žemės gelmių ir gamtinių išteklių tyrinėjimo, eksploatacijos ir saugojimo teisėmis.

(5) Sąvoka "ekspropriacija" taip pat reiškia nacionalizaciją arba bet kurią kitą lygiavercio poveikio priemonę.

(6) "nepagrįstai nedelsiant" reiškia tokį laikotarpį, kuris reikalingas reikalaujamiems formalumams įvykdyti, kad būtų pervesti mokėjimai. Minėtas laikotarpis prasideda pateikus prašymą dėl pervedimo ir negali tęstis ilgiau kaip tris mėnesius.

## 2 STRAIPSNIS

### Investicijų skatinimas ir apsauga

(1) Kiekviena Susitariančioji Šalis savo teritorijoje pagal galimybes skatina kitos Susitariančiosios Šalies investicijas, priima jas pagal savo įstatymus ir visada traktuoja tokias investicijas teisingai ir lygiaverciškai.

(2) Investicijoms, priimtoms pagal šios Sutarties 1 straipsnio 1 dalį, ir iš jų gautoms pajamoms šia Sutartimi yra suteikiama visiška apsauga. Tai, nepažeidžiant 1 dalies nuostatų, taip pat yra taikoma pajamoms iš investicijų,

jeigu tokios pajamos yra reinvestuojamos. Bet koks formos, kuria turtas yra investuotas ar reinvestuotas, pakeitimas, įskaitant teisėtą išplėtimą, pakeitimą ar pertvarkymą, atliktas pagal Susitariančiosios Šalies įstatymus, neturi įtakos investicijoms, kaip tokios, traktavimui.

### 3 STRAIPSNIS

#### Investicijų traktavimas

(1) Kiekviena Susitariančioji Šalis traktuoja kitos Susitariančiosios Šalies investitorius ir jų investicijas ne mažiau palankiai, nei savo arba trečiųjų valstybių investitorius ir jų investicijas.

(2) 1 dalies nuostatos neįpareigoja vienos Susitariančiosios Šalies teikti kitos Susitariančiosios Šalies investitoriams ir jų investicijoms dabar taikomų ar būsimų lengvatų ir privilegijų, kylančių dėl:

a) bet kurios esamos ar būsimos muitų sąjungos, bendrosios rinkos, laisvos prekybos zonos arba dalyvavimo ekonominėje bendrijoje ar bet kurios sutarties, vedančios į ekonominę bendriją;

b) bet kurių esamų ar būsimų tarptautinių sutarčių, tarptautinių susitarimų arba vidinių įstatymų, susijusių su apmokestinimu;

c) bet kurios taisyklės, skirtos judėjimui per sieną palengvinti.

### 4 STRAIPSNIS

#### Kompensacija

(1) Vienos Susitariančiosios Šalies investorių investicijos kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje negali būti ekspropriuojamos, išskyrus, kai tai daroma visuomenės tikslais, nediskriminaciniu pagrindu, įstatymų nustatyta tvarka ir išmokant kompensaciją.

(2) Tokios kompensacijos dydis turi atitikti teisingą investicijos rinkos vertę, nustatytą pagal pripažintus įvertinimo principus prieš pat ekspropriaciją arba tuo metu, kai sprendimas dėl ekspropriacijos buvo priimtas arba tapo viešai žinomas, priklausomai nuo to, kas įvyko anksčiau. Kai kompensacijos išmokėjimas yra uždeliamas, ji yra išmokama tokio dydžio, kad investitorius įgautų ne mažiau palankių padėčių nei būtų turėjęs, jei kompensacija būtų išmokėta iš karto ekspropriacijos dieną. Tam, kad būtų pasiektas šis tikslas, į kompensaciją yra įskaitomos palūkanos, apskaičiuotos nuo ekspropriacijos dienos iki išmokėjimo dienos pagal LIBOR ar jam ekvivalentišką kursą. Galutinai nustatyta kompensacija yra nedelsiant išmokama investitoriui bet kuria laisvai konvertuojama valiuta; kompensaciją leidžiama laisvai perversi nepagrįstai neatidėliojant. Kompensacijos nustatymo ir išmokėjimo sąlygos yra tinkamai nustatomos ne vėliau kaip ekspropriacijos momentu.

(3) Jeigu Susitariančioji Šalis eksproprijuoja turtą bendrovės, kuri yra tos Susitariančiosios Šalies bendrovė, o kitos Susitariančiosios Šalies investitorius turi jos akcijų, tai (1) dalies nuostatos taikomos taip, kad būtų garantuota tam investitoriui tinkama kompensacija.

(4) Investitorius turi teisę kreiptis į ekspropriaciją atlikusios Susitariančiosios Šalies kompetentingas įstaigas, kad būtų peržiūrėtas atliktos ekspropriacijos teisėtumas.

(5) Investitorius turi teisę kreiptis į ekspropriaciją atlikusios Susitariančiosios Šalies kompetentingas įstaigas arba į tarptautinį arbitražą pagal šios Sutarties 9 straipsnį, kad būtų peržiūrėtas kompensacijos dydis ir jos išmokėjimo sąlygos.

(6) Investitoriai, minimi 1 straipsnio 2 dalies c punkte, negali reikšti pretenzijų pagal šio straipsnio nuostatas, jeigu kompensacija buvo išmokėta pagal analogiškas kitos investicijų apsaugos sutarties, sudarytos Susitariančiosios Šalies, kurios teritorijoje investicija buvo atlikta, nuostatas.

## 5 STRAIPSNIS

### Žalos ir nuostolių kompensacija

(1) Jeigu Susitariančiosios Šalies investitoriai patiria žalą ar nuostolius savo investicijoms dėl karo ar kitokio ginkluoto konflikto, ypatingosios padėties įvedimo, maišto, civilinių neramumų, sukilimo ar kitų panašių įvykių kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje, jiems dėl restitucijos, nuostolių padengimo, kompensacijos ar kitokio atsiskaitymo pastaroji Susitariančioji Šalis suteikia traktavimą, kuris yra ne mažiau palankus, nei ši Susitariančioji Šalis suteikia savo investitoriams ar trečiosios šalies investitoriams, priklausomai nuo to, kuris traktavimas yra palankesnis.

(2) Nepažeidžiant 1 dalies, vienos Susitariančiosios Šalies investitoriams, kurie dėl bet kurių įvykių, nurodytų toje dalyje, patiria žalą ar nuostolius kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje dėl:

(a) pastarosios Susitariančiosios Šalies karinių pajėgų ar valdžios atstovų atliekamos jų turto ar turto dalies rekvizicijos,

(b) pastarosios Susitariančiosios Šalies atliekamo gyvybinių atsargų blokavimo arba

(c) pastarosios Susitariančiosios Šalies karinių pajėgų ar valdžios atstovų atliekamo jų turto ar turto dalies naikinimo

ne mūšio veiksmų atveju arba nesusidarius būtinumo situacijai,

dėl patirtos žalos ar atsiradusių nuostolių nedelsiant yra atliekama restitucija arba suteikiama greita ir adekvati kompensacija, jeigu restitucija yra negalima. Šie mokėjimai yra atliekami laisvai konvertuojama valiuta ir be apribojimų pervedami nepagrįstai nedelsiant.

## 6 STRAIPSNIS

### Pervedimai

(1) Kiekviena Susitariančioji Šalis nepagrįstai neatidėliodama garantuoja kitos Susitariančiosios Šalies investitoriams laisvą su investicija susijusių mokėjimų pervedimą laisvai konvertuojama valiuta, ypač, bet ne išimtinai:

- a) kapitalo ir papildomų sumų, skirtų investicijai išlaikyti ar plėsti;
- b) sumų, skirtų padengti išlaidoms, susijusioms su investicijos valdymu;
- c) pajamų;
- d) paskolų grąžinimo;
- e) įplaukų, gautų visiškai ar iš dalies likvidavus ar pardavus investiciją;
- f) kompensacijų pagal šios Sutarties 4 ir 5 straipsnius;
- g) mokėjimų, kylančių dėl ginčų sprendimų.

(2) Šiame straipsnyje numatyti mokėjimai atliekami pagal mokėjimų pervedimo dieną dominuojantį valiutos keitimo kursą tos Susitariančiosios Šalies teritorijoje, iš kurios yra atliekamas pervedimas.

(3) Pervedimai atliekami pagal pervedimo dieną biržoje dominuojantį keitimo kursą. Valiutos keitimo rinkos nebuvimo atveju vadovaujama keitimo kursu, kuris taikomas vidaus investicijoms, arba tuo kursu, kuris taikomas konvertuojant valiutą į specialias skolinimo teises (SDR) arba Jungtinių Valstijų Dolerius, atsižvelgiant į tai, kas naudingiau investitoriui.

## 7 STRAIPSNIS

### Subrogacija

Jeigu viena Susitariančioji Šalis arba jos įgaliota įstaiga apmoka savo investitoriui pagal garantiją dėl kitos Susitariančiosios Šalies teritorijoje esančios investicijos, tai ši antroji Susitariančioji Šalis, nepažeisdama šios Sutarties 9 straipsnyje numatytų pirmosios Susitariančiosios Šalies investitoriaus teisių bei 10 straipsnyje numatytų pirmosios Susitariančiosios Šalies teisių, pripažįsta visų šio investitoriaus teisių ir pretenzijų perdavimą pagal įstatymus arba teisinį sandorį pirmajai Susitariančiajai Šaliai. Ši antroji Susitariančioji Šalis taip pat pripažįsta pirmosios Susitariančiosios Šalies bet kurių tokių teisių ir pretenzijų, kuriomis ji gali naudotis tokiu pat mastu, kaip ir jos pirmtakas, subrogaciją. Mokėjimų pervedimams į tokias teises perėmusią Susitariančiąją Šalį šios Sutarties 4, 5 ir 6 straipsniai yra taikomi mutatis mutandis.

## 8 STRAIPSNIS

### Kiti įsipareigojimai

(1) Jeigu bet kurios Susitariančiosios Šalies įstatymų nuostatos arba dabar esantys ar būsimi tarptautiniai įsipareigojimai tarp Susitariančiųjų Šalių, kuriuos jos prisiima šalia šios Sutarties, numato bendrą ar specialią taisyklę, pagal kurią kitos Susitariančiosios Šalies investicijos traktuojamos palankiau, negu numatyta šioje Sutartyje, taikoma ta taisyklė tiek, kiek ji yra palankesnė už šią Sutartį.

(2) Kiekviena Susitariančioji Šalis laikosi bet kurio kitos Susitariančiosios Šalies investitoriaus atžvilgiu pagal kontraktą prisiimto įsipareigojimo, susijusio su jos teritorijoje, jai leidus, atliktomis investicijomis.

## 9 STRAIPSNIS

### Investicinių ginčų sprendimas

(1) Bet koks dėl investicijos kilęs ginčas tarp vienos Susitariančiosios Šalies ir kitos Susitariančiosios Šalies investitoriaus yra sprendžiamas draugiškai, kiek tai įmanoma.

(2) Jeigu (1) dalyje numatytu būdu ginčas negali būti išspręstas per tris mėnesius nuo pakankamai detaliai aprašytos pretenzijos padavimo dienos, ginčas Susitariančiosios Šalies arba kitos Susitariančiosios Šalies investitoriaus prašymu yra perduodamas spresti arba:

(a) Tarptautiniam investicinių ginčų sprendimo centrui, įsteigtam pagal Konvenciją dėl investicinių ginčų tarp atskirų valstybių ir kitų valstybių piliečių sprendimo, atvirą pasirašymui Vašingtone 1965 m. kovo 18 dieną (Vašingtono Konvencija), naudojant taikinimo arba arbitražo procedūrą. Arbitražo atveju kiekviena Susitariančioji Šalis iš anksto, neatšaukiamai, netgi nesant atskiro arbitražinio susitarimo tarp Susitariančiosios Šalies ir investitoriaus, šia Sutartimi sutinka perduoti bet kurį tokį ginčą šiam centrui. Šis sutikimas taip pat reiškia atsisakymą reikalauti, kad būtų išsemtos vidaus administracinės ar juridinės apsaugos priemonės; arba

(b) arbitražui, sudarytam iš trijų arbitrų, pagal UNCITRAL arbitražo taisykles, galiojančias tuo metu, kai buvo pateiktas prašymas pradėti arbitražo procedūrą, ir remiantis paskutiniais šių taisyklių pakeitimais, kurie priimti abiejų Susitariančiųjų Šalių. Arbitražo atveju kiekviena Susitariančioji Šalis iš anksto, neatšaukiamai, netgi nesant atskiro arbitražinio susitarimo tarp Susitariančiosios Šalies ir investitoriaus, šia Sutartimi sutinka perduoti bet kurį tokį ginčą minėtam arbitražui.

(3) Arbitražiniai sprendimai yra galutiniai ir abiems ginčo šalims privalomi. Kiekviena Susitariančioji Šalis juos vykdo pagal savo įstatymus ir sutinkamai su 1958 m. Niujorko Konvencija dėl užsienio arbitražinių sprendimų pripažinimo ir vykdymo (Niujorko Konvencija), Vašingtono Konvencija ir UNCITRAL arbitražo taisykles.

(4) Susitariančioji Šalis, kuri yra ginčo šalis, nei vienoje taikinimo ar arbitražo proceso stadijoje ar vykdant sprendimą, nesiremia tuo, kad investitorius, kuris yra kita ginčo šalis, jau gavo pagal garantiją kompensaciją, apimančią visus ar dalį padarytų nuostolių.

## 10 STRAIPSNIS

### Ginčai ir konsultacijos tarp Susitariančiųjų Šalių

(1) Bet kuri Susitariančioji Šalis gali pasiūlyti kitai Susitariančiajai Šaliai konsultuotis bet kuriais klausimais, turinčiais įtakos šios Sutarties taikymui. Vienai iš Susitariančiųjų Šalių pasiūlius, tokios konsultacijos turi vykti diplomatiniais kanalais sutarčioje vietoje ir laiku.

(2) Ginčai tarp Susitariančiųjų Šalių dėl šios Sutarties interpretavimo ar taikymo sprendžiami draugiškai, derybų keliu, kiek tai įmanoma.

(3) Jeigu (2) dalyje numatytu būdu ginčas neišsprendžiamas per šešis mėnesius, tai, vienos iš Susitariančiųjų Šalių pageidavimu, jis perduodamas arbitražui.

(4) Arbitražas sudaromas *ad hoc* tokiu būdu: kiekviena Susitariančioji Šalis paskiria po vieną narį, o šie du nariai susitaria dėl asmens, kuris yra trečiosios valstybės pilietis, paskyrimo pirmininku. Nariai paskiriami per du mėnesius po to, kai viena Susitariančioji Šalis praneša kitai Susitariančiajai Šaliai, apie tai, kad ji ketina perduoti ginčą arbitražui. Pirmininkas yra paskiriamas per kitus du artimiausius mėnesius.

(5) Jeigu nesilaikoma terminų, nustatytų (4) dalyje, nesant kitokio susitarimo, bet kuri iš Susitariančiųjų Šalių gali prašyti Tarptautinio Teismo Prezidentą paskirti reikalingus asmenis. Jeigu Tarptautinio Teismo Prezidentas yra kurios nors Susitariančiosios Šalies pilietis, arba dėl kitokių priežasčių negali atlikti nurodytos funkcijos, tai paskyrimams atlikti yra prašomas Vice-Prezidentas, o jam negalint - tokiomis pat sąlygomis yra prašomas atlikti paskyrimus kitas pagal vyresnybę Tarptautinio Teismo narys.

(6) Arbitražas pats nustato savo darbo tvarką.

(7) Arbitražas priima sprendimą remdamasis šia Sutartimi ir visuotinai pripažintomis tarptautinės teisės normomis. Sprendimas priimamas balsų dauguma, yra galutinis ir privalomas.

(8) Kiekviena Susitariančioji Šalis apmoka savo arbitro ir jos atstovavimo arbitražo procese išlaidas. Pirmininko ir kitas išlaidas abi Susitariančiosios Šalys apmoka lygiomis dalimis. Tačiau teismas savo sprendimu gali nustatyti kitokį išlaidų paskirstymą.

## 11 STRAIPSNIS

### Sutarties taikymas

Ši Sutartis yra taikoma investicijoms, kurias vienos Susitariančiosios Šalies teritorijoje sutinkamai su jos įstatymais atliko kitos Susitariančiosios Šalies investitoriai po 1990 m. gruodžio 29 d.

## 12 STRAIPSNIS

### Konsultacijos

Jeigu Susitariančiosios Šalies dalyvavimas ekonominėje bendrijoje įtakoja šios Sutarties nuostatų taikymą, abi Susitariančiosios Šalys sprendžia kylančius klausimus konsultacijų būdu.

## 13 STRAIPSNIS

### Pataisos

Šios Sutarties įsigaliojimo metu arba bet kuriuo metu vėliau šios Sutarties nuostatos gali būti keičiamos tokiu būdu, kaip susitaria Susitariančiosios Šalys. Tokios pataisos įsigalioja tada, kai Susitariančiosios Šalys praneša viena kitai apie visų šių pataisų įsigaliojimui reikalingų konstitucinių reikalavimų įvykdymą.

## 14 STRAIPSNIS

### Įsigaliojimas ir trukmė

(1) Ši Sutartis turi būti ratifikuota ir įsigalioja trečiojo mėnesio, sekancio po to mėnesio, kurio metu buvo pasikeista ratifikaciniais raštais, pirmą dieną.

(2) Ši Sutartis galioja 10 metų; po to ji galioja neapibrėžtą laikotarpį ir gali būti denonsuota Susitariančiosios Šalies prieš dvylika mėnesių raštu apie tai diplomatiniais kanalais pranešus kitai Susitariančiajai Šaliai.


(3) Investicijoms, atliktoms iki šios Sutarties nutraukimo datos, šios Sutarties 1-11 straipsnių nuostatos yra taikomos dar 10 metų po šios Sutarties nutraukimo datos.

Sudaryta Vienoje, 1996 m. birželio 28 d. dviem egzemplioriais, vokiečių, lietuvių ir anglų kalbomis, visi tekstai yra vienodai autentiški. Kilus nesutarimams dėl aiškinimo, remiamasi tekstu anglų kalba.

Austrijos Respublikos  
vardu:



Lietuvos Respublikos  
vardu:



---



## AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF LITHUANIA FOR THE PROMOTION AND PRO- TECTION OF INVESTMENTS

THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF LITHUANIA,  
hereinafter referred to as "Contracting Parties",

DESIRING to create favourable conditions for greater economic co-operation between the Contracting Parties,

RECOGNIZING that the promotion and protection of investments may strengthen the readiness for such investments and hereby make an important contribution to the development of economic relations,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

### ARTICLE 1

#### Definitions

For the purpose of this Agreement

(1) the term "investment" shall mean every kind of asset invested in the territory of one Contracting Party in accordance with its laws and regulations by an investor of the other Contracting Party and comprises in particular, though not exclusively:

- (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem such as mortgages, liens, pledges and similar rights;
- (b) shares and any other type of participation in undertakings;
- (c) claims to money that has been given in order to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
- (d) intellectual and industrial property rights, as defined in the multilateral Agreements concluded under the auspices of the World Intellectual Property Organization, including, but not limited to, copyright, trademarks, patents, industrial designs and technical processes, know-how, trade secrets, trade names and goodwill;
- (e) business concessions under public law to search for or exploit natural resources.

(2) the term "investor" means

- (a) in respect of the Republic of Austria:
  - (i) any natural person who is a citizen of the Republic of Austria and makes an investment in the other Contracting Party's territory;
  - (ii) any juridical person, or partnership, constituted in accordance with the legislation of the Republic of Austria, having its seat in the territory of the Republic of Austria and making an investment in the other Contracting Party's territory;
- (b) in respect of the Republic of Lithuania
  - (i) any natural person having the nationality of the Republic of Lithuania in accordance with its laws and making an investment in the other Contracting Party's territory;
  - (ii) any entity registered in accordance with the laws and regulations of the Republic of Lithuania, having its seat in the territory of the Republic of Lithuania, and making an investment in the other Contracting Party's territory;
- (c) any juridical person, partnership or any other entity established under the laws of a third state which is, directly or indirectly, controlled by nationals of a Contracting Party or by entities having their seat (head office) in the territory of a Contracting Party; it being understood that control means a dominant influence.

<sup>1</sup> Came into force on 1 July 1997 by the exchange of the instruments of ratification, which took place at Vienna, in accordance with article 14.

(3) the term "returns" means the amounts yielded by an investment, and in particular, though not exclusively, profits, interest, capital gains, dividends, royalties, licence and other fees.

(4) the term "territory" means

(a) in respect of the Republic of Austria

the territory of the Republic of Austria;

(b) in respect of the Republic of Lithuania

the territory of the Republic of Lithuania, including the territorial sea and any maritime or submarine area within which the Republic of Lithuania may exercise, in accordance with international law, rights for the purpose of exploration, exploitation and preservation of the seabed, subsoil and natural resources.

(5) the term "expropriation" also comprises the nationalisation or any other measure having equivalent effect.

(6) "without undue delay" means such period as is normally required for the completion of necessary formalities for the transfer of payments. The said period shall commence on the day on which the request for transfer has been submitted and may on no account exceed three months.

## ARTICLE 2

### Promotion and Protection of Investments

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote, as far as possible, investments of investors of the other Contracting Party, admit such investments in accordance with its legislation and in any case accord such investments fair and equitable treatment.

(2) Investments admitted according to Article 1 paragraph (1) of this Agreement and their returns shall enjoy the full protection of the present Agreement. The same applies without prejudice to the regulations of paragraph (1) also for their returns in case of reinvestment of such returns. Any change of the form in which assets are invested or reinvested including legal extension, alteration or transformation, made in accordance with the legislation of the host Contracting Party, shall not affect their character as investment.

## ARTICLE 3

### Treatment of Investments

(1) Each Contracting Party shall accord to investors of the other Contracting Party and their investments treatment no less favourable than that accorded to its own investors and their investments or to investors of any third State and their investments.

(2) The provisions of paragraph (1) shall not be construed as to oblige one Contracting Party to extend to the investors of the other Contracting Party and their investments the present or future benefit of any treatment, preference or privilege resulting from

(a) any present or future customs union, common market, free trade area or membership in an economic community or any agreement designed to lead to an economic community;

(b) any present or future international agreement, international arrangement or domestic legislation regarding taxation;

(c) any regulation to facilitate the frontier traffic.

## ARTICLE 4

### Compensation

(1) Investments of investors of either Contracting Party shall not be expropriated in the territory of the other Contracting Party except for a public purpose on a non-discriminatory basis by due process of law and against compensation.

(2) Such compensation shall be equivalent to the fair market-value of the investment, as determined in accordance with recognized principles of valuation immediately prior to or at the time when the decision for expropriation was announced or became publicly known, whichever is the earlier. In the event that the payment of compensation is delayed, such compensation shall be paid in an amount which would put the investor in a position not less favourable than the position in which he would have been

had the compensation been paid immediately on the date of expropriation. To achieve this goal the compensation shall include interest calculated on the basis of the current LIBOR-rate or equivalent from the date of expropriation until the date of payment. The amount of compensation finally determined shall be promptly paid to the investor in any freely convertible currency and allowed to be freely transferred without undue delay. Provisions for the determination and payment of such compensation shall be made in an appropriate manner not later than at the moment of the expropriation.

(3) Where a Contracting Party expropriates the assets of a company which is considered as a company of this Contracting Party and in which an investor of the other Contracting Party owns shares, it shall apply the provisions of paragraph (1) of this Article so as to ensure due compensation to this investor.

(4) The investor shall be entitled to have the legality of the expropriation reviewed by the competent authorities of the Contracting Party having induced the expropriation.

(5) The investor shall be entitled to have the amount and the provisions for the payment of the compensation reviewed either by the competent authorities of the Contracting Party having induced the expropriation or by an international arbitral tribunal according to Article 9 of the present Agreement.

(6) Investors referred to in Article 1, paragraph 2, point c, may not raise claims under paragraphs of this Article if compensation has been paid pursuant to a similar provision in another Investment Protection Agreement concluded by the Contracting Party in the territory in which the investment has been made.

## ARTICLE 5

### Compensation for Damage or Loss

(1) When investments made by investors of either Contracting Party suffer damage or loss owing to war or other armed conflict, a state of national emergency, revolt, civil disturbances, insurrection, riot or other similar events in the territory of the other Contracting Party, they shall be accorded by the latter Contracting Party, treatment, as regards restitution, indemnification, compensation or other settlement, not less favourable than that the latter Contracting Party accords to its own investors or investors of any third state, whichever is the most favourable.

(2) Without prejudice to paragraph 1, investors of one Contracting Party who in any of the events referred to in that paragraph suffer damage or loss in the territory of the other Contracting Party resulting from:

- (a) requisitioning of their property or part thereof by the forces or authorities of the latter Contracting Party,
- (b) blocking of vital supplies by the latter Contracting Party or
- (c) destruction of their property or part thereof by the forces or authorities of the latter Contracting Party

which was not caused in combat action or was not required by the necessity of the situation, shall be accorded prompt restitution or prompt and adequate compensation where restitution is not possible for the damage or loss sustained. Resulting payments shall be made in a freely convertible currency and be freely transferable without undue delay.

## ARTICLE 6

### Transfers

(1) Each Contracting Party shall guarantee without undue delay to investors of the other Contracting Party free transfer in freely convertible currency of payments in connection with an investment, in particular but not exclusively, of

- (a) the capital and additional amounts for the maintenance or extension of the investment;
- (b) amounts assigned to cover expenses relating to the management of the investment;
- (c) the returns;
- (d) the repayment of loans;
- (e) the proceeds from total or partial liquidation or sale of the investment;
- (f) a compensation according to Articles 4 and 5 of the present Agreement;
- (g) payments arising out of a settlement of a dispute.

(2) The payments referred to in this Article shall be effected at the exchange rates prevailing on the day of the transfer of payments in the territory of the Contracting Party from which the transfer is made.

(3) Transfers shall be made at the prevailing spot market rate of exchange on the date of transfer. In the absence of a market for foreign exchange, the rate to be applied will be the most recent rate applied to inward investments or the exchange rate for conversion of currencies into Special Drawing Rights or United States Dollars, whichever is the more favourable to the investor.

## ARTICLE 7

### Subrogation

Where one Contracting Party or an institution authorized by it makes payments to its investor by virtue of a guarantee for an investment in the territory of the other Contracting Party, this second Contracting Party shall without prejudice to the rights of the investor of the first Contracting Party under Article 9 of the present Agreement and to the rights of the first Contracting Party under Article 10 of the present Agreement recognize the assignment to the first Contracting Party of all rights and claims of this investor under a law or pursuant to a legal transaction. The second Contracting Party shall also recognize the subrogation of the first Contracting Party to any such rights or claims which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments to the Contracting Party concerned by virtue of such assignment, Articles 4, 5 and 6 of the present Agreement shall apply *mutatis mutandis*.

## ARTICLE 8

### Other Obligations

(1) If the provisions of law of either Contracting Party or international obligations existing at present or established thereafter between the Contracting Parties in addition to the present Agreement, contain a rule, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by the present Agreement, such rule shall to the extent that it is more favourable prevail over the present Agreement.

(2) Each Contracting Party shall observe any contractual obligation it may have entered into towards an investor of the other Contracting Party with regard to investments approved by it in its territory.

## ARTICLE 9

### Settlement of Investment Disputes

(1) Any dispute arising out of an investment, between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If a dispute according to paragraph (1) cannot be settled within three months of a written notification of sufficiently detailed claims, the dispute shall upon the request of the Contracting Party or of the investor of the other Contracting Party be submitted either:

(a) to conciliation or arbitration by the International Centre for Settlement of Investment Disputes, established by the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States, opened for signature in Washington on March 18th, 1965<sup>1</sup> (Washington Convention). In case of arbitration, each Contracting Party, by this Agreement irrevocably consents in advance, even in the absence of an individual arbitral agreement between the Contracting Party and the investor, to submit any such dispute to this Center. This consent implies the renunciation of the requirement that the internal administrative or juridical remedies should be exhausted; or

(b) to arbitration by three arbitrators in accordance with the UNCITRAL arbitration rules, as amended by the last amendment accepted by both Contracting Parties at the time of the request for initiation of the arbitration procedure. In case of arbitration, each Contracting Party by this

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.

Agreement irrevocably consents in advance, even in the absence of an individual arbitral agreement between the Contracting Party and the investor, to submit any such dispute to the arbitral tribunal mentioned.

(3) The arbitral decisions shall be final and binding on both parties to the dispute. Each Contracting Party shall execute them in accordance with its laws and in accordance with the 1958 United Nations Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards<sup>1</sup> (New York Convention), the Washington Convention and UNCITRAL arbitration rules.

(4) A Contracting Party which is a party to a dispute shall not, at any stage of conciliation or arbitration proceedings or enforcement of an award, raise the objection that the investor who is the other party to the dispute has received by virtue of a guarantee indemnity in respect of all or some of its losses.

## ARTICLE 10

### Disputes and Consultations between the Contracting Parties

(1) Either Contracting Party may propose the other Contracting Party to consult on any matter affecting the application of the present Agreement. These consultations shall be held on the proposal of one of the Contracting Parties at a place and at a time agreed upon through diplomatic channels.

(2) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled through amicable negotiations.

(3) If a dispute cannot be settled according to paragraph (2) within six months it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal.

(4) Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman. Such members shall be appointed within two months from the date one Contracting Party has informed the other Contracting Party, that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal, the chairman of which shall be appointed within two further months.

(5) If the periods specified in paragraph (4) are not observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of either of the Contracting Parties or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President or in case of his inability the member of the International Court of Justice next in seniority should be invited under the same conditions to make the necessary appointments.

(6) The tribunal shall establish its own rules of procedure.

(7) The arbitral tribunal shall reach its decision by virtue of the present Agreement and pursuant to the generally recognized rules of international law. It shall reach its decision by a majority of votes; the decision shall be final and binding.

(8) Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its legal representation in the arbitration proceedings. The costs of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by both Contracting Parties. The tribunal may, however, in its award determine another distribution of costs.

## ARTICLE 11

### Application of the Agreement

This Agreement shall apply to investments made in the territory of one of the Contracting Parties in accordance with its legislation by investors of the other Contracting Party after December 29, 1990.

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 330, p. 3.

**ARTICLE 12****Consultations**

In as far as the participation of either Contracting Party in an economic community affects the applicability of provisions of this Agreement both Contracting Parties shall resolve the pending questions through consultations.

**ARTICLE 13****Amendments**

At the time of entry into force of this Agreement or at any time thereafter the provisions of this Agreement may be amended in such a manner as may be agreed between the Contracting Parties. Such amendments shall enter into force when the Contracting Parties have notified each other that the constitutional requirements for the entry into force have been fulfilled.

**ARTICLE 14****Entry into Force and Duration**

(1) This Agreement is subject to ratification and shall enter into force on the first day of the third month that follows the month during which the instruments of ratification have been exchanged.

(2) This Agreement shall remain in force for a period of ten years; it shall be extended thereafter for an indefinite period and may be denounced in writing through diplomatic channels by either Contracting Party giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of the present Agreement the provisions of Article 1 to 11 of the present Agreement shall be applied for a further period of ten years from the date of termination of the present Agreement.

DONE at Vienna, on 28 June 1996, in duplicate, in the German, Lithuanian and English languages, all texts being equally authentic. In case of difference of interpretation the English text shall prevail.

For the Republic  
of Austria:

WOLFGANG SCHÜSSEL

For the Republic  
of Lithuania:

POVILAS GYLYS

---

## [TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE LITUANIE RELATIF À LA PROMOTION ET À LA PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

La République d'Autriche et la République de Lituanie, ci-après dénommées « les Parties contractantes », désireuses d'instaurer des conditions favorables à une coopération économique plus grande entre les Parties contractantes,

Reconnaissant que la promotion et la protection des investissements peuvent renforcer la disposition à réaliser de tels investissements et apporter ainsi une contribution importante au développement des relations économiques,

Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

## DÉFINITIONS

Aux fins du présent Accord :

1. Le terme « investissement » désigne tous types d'avoirs investis sur le territoire d'une Partie contractante conformément à sa législation et à sa réglementation par un investisseur de l'autre Partie contractante et recouvre notamment mais non exclusivement :

a) Les biens meubles et immeubles ainsi que les autres droits réels tels que les hypothèques, les droits de rétention, les droits de gage et droits analogues;

b) Les droits de participation et les autres types de participation à des entreprises;

c) Les droits sur des sommes d'argent remises en vue de créer une valeur économique ou les droits sur des prestations ayant une valeur économique;

d) Les droits de propriété intellectuelle tels qu'ils sont définis dans les accords multilatéraux conclus sous les auspices de l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle (OMPI), en particulier mais non exclusivement les droits d'auteur, les marques commerciales, les brevets, les dessins industriels et les procédés techniques, le savoir-faire, les secrets commerciaux, les noms commerciaux et les biens incorporels;

e) Les concessions de droit public relatives à la prospection et à l'extraction de ressources naturelles.

2. Le terme « investisseur » désigne :

a) En ce qui concerne la République d'Autriche :

i) Toute personne physique qui est citoyenne de la République d'Autriche et réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> juillet 1997 par l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Vienne, conformément à l'article 14.

- ii) Toute personne morale ou société de personnes constituée conformément à la législation de la République d'Autriche, qui a son siège sur le territoire de la République d'Autriche et réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;
  - b) En ce qui concerne la République de Lituanie :
    - i) Toute personne physique possédant la nationalité de la République de Lituanie conformément à sa législation et réalisant un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;
    - ii) Une entité enregistrée conformément à la législation et à la réglementation de la République de Lituanie, qui a son siège sur le territoire de la République de Lituanie et qui réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;
      - c) Toute personne morale, société de personnes ou toute autre entité constituée conformément à la législation d'un Etat tiers, qui est contrôlée directement ou indirectement par des ressortissants d'une Partie contractante ou par des entités ayant leur siège sur le territoire d'une Partie contractante, étant entendu que le contrôle signifie une influence dominante.

3. Le terme « revenu » désigne les montants que rapporte un investissement et en particulier mais non exclusivement les bénéfices, les intérêts, les plus-values, les dividendes, les redevances, les contributions de patente et autres redevances.

4. Le terme « territoire » désigne :

a) En ce qui concerne la République d'Autriche : le territoire de la République d'Autriche;

b) En ce qui concerne la République de Lituanie : le territoire de la République de Lituanie, y compris les eaux territoriales et toute zone maritime ou sous-marine dans laquelle la République de Lituanie peut conformément au droit international exercer des droits aux fins de l'exploration, de l'exploitation et de la préservation des fonds marins, du sous-sol et des ressources naturelles.

5. Le terme « expropriation » comprend également les nationalisations et les autres mesures ayant un effet identique.

6. « Sans délai injustifié » signifie une période comme elle est normalement requise pour l'accomplissement des formalités nécessaires pour le transfert des versements. Ladite période commencera le jour auquel la requête de transfert a été soumise et ne peut en aucun cas dépasser trois mois.

## Article 2

### PROMOTION ET PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

1. Chacune des Parties contractantes encouragera dans toute la mesure du possible les investissements sur son territoire des investisseurs de l'autre Partie contractante, les autorisera conformément à sa législation et les traitera dans tous les cas de manière juste et équitable.

2. Les investissements visés au paragraphe 1 de l'article premier du présent accord et leurs produits jouiront de l'entière protection prévue au présent accord. Il en va de même, sous réserve des dispositions du paragraphe 1, dans l'hypothèse



d'un réinvestissement des produits, des produits de ce dernier. Toute modification de la nature dans laquelle les avoirs sont investis ou réinvestis, y compris la prolongation légale, la modification ou la transformation, qui est apportée conformément à la législation de la Partie contractante hôte, n'affecte pas le caractère de l'investissement.

### Article 3

#### TRAITEMENT DES INVESTISSEMENTS

1. Chacune des Parties contractantes traitera les investisseurs de l'autre Partie contractante et leurs investissements de manière au moins aussi favorable que ses propres investisseurs et leurs investissements ou que les investisseurs d'Etats tiers et leurs investissements.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne pourront être interprétées comme constituant pour l'une des Parties contractantes l'obligation d'accorder aux investisseurs de l'autre Partie contractante un quelconque avantage présent ou futur de traitement, de préférence ou de privilège résultant :

a) D'une union douanière présente ou future, d'un marché commun, d'une zone de libre échange ou de l'appartenance à une communauté économique ou de tout accord visant à une telle communauté économique;

b) Tout accord international, toute convention internationale ou toute législation intérieure en matière fiscale présente ou future;

c) De réglementation destinée à faciliter le trafic frontalier.

### Article 4

#### INDEMNISATION

1. Les investisseurs d'une Partie contractante ne peuvent être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie contractante que dans l'intérêt public, en vertu d'une procédure judiciaire non discriminatoire et contre indemnisation.

2. Cette indemnisation doit correspondre à la valeur loyale et marchande de l'investissement, telle que déterminée par les principes reconnus d'évaluation immédiatement avant ou lorsque la décision d'expropriation a été officiellement annoncée, selon que l'un ou l'autre se produit le premier. Au cas où le paiement de l'indemnisation est retardé, celle-ci doit correspondre à un montant qui mettrait l'investisseur dans une situation non moins favorable que celle dans laquelle il se serait trouvé si l'indemnisation avait été versée immédiatement à la date de l'expropriation. A cette fin, l'indemnisation doit comprendre les intérêts calculés sur la base du Libor en cours ou l'équivalent depuis la date de l'expropriation jusqu'à la date du paiement. Le montant de l'indemnisation déterminé en dernière analyse sera promptement versé à l'investisseur en monnaie librement convertible et pourra être librement transféré sans délai indu. Les dispositions appropriées concernant la fixation et le versement de l'indemnisation seront prises au plus tard au moment de l'expropriation.

3. Si une Partie contractante exproprie de ses valeurs en capital, une société qui doit être considérée comme sa propre société, dans laquelle un investisseur de

l'autre Partie contractante possède des parts, elle appliquera les dispositions du paragraphe 1 du présent article de manière à assurer une indemnisation à cet investisseur.

4. L'investisseur a le droit de faire vérifier la légalité de l'expropriation par les organes compétents de la Partie contractante qui en est à l'origine.

5. L'investisseur a le droit de faire vérifier le montant de l'indemnisation et les dispositions prévues pour le versement de l'indemnisation soit par les organes compétents de la Partie contractante qui est à l'origine de l'expropriation soit par un tribunal arbitral international conformément à l'article 9 du présent Accord.

6. Les investisseurs visés au paragraphe 2 de l'article 1, *c* ne peuvent invoquer les paragraphes du présent article si l'indemnisation a été versée conformément à une disposition similaire d'un autre accord relatif à la protection des investissements conclus par la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement a été réalisé.

#### *Article 5*

##### INDEMNISATION POUR PERTES OU DOMMAGES

1. Lorsque les investisseurs d'une des Parties contractantes subissent des dommages ou des pertes du fait d'une guerre ou d'un autre conflit armé, d'un Etat d'urgence nationale, d'une révolte, de troubles civils, d'insurrections, d'émeutes ou d'autres événements similaires sur le territoire de l'autre Partie contractante, ils bénéficieront de la part de cette dernière d'un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres investisseurs ou à ceux d'un Etat tiers en ce qui concerne la restitution, l'indemnisation, la réparation ou toute autre forme de règlement, le traitement le plus favorable étant retenu.

2. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1, les investisseurs d'une Partie contractante qui, dans l'un des cas visés dans ledit paragraphe, auront subi des pertes ou des dommages sur le territoire de l'autre Partie contractante du fait :

*a*) De la réquisition de leurs biens ou d'une partie de ceux-ci par ses forces ou autorités;

*b*) Du blocage de fourniture essentielle par celle-ci; ou

*c*) De la destruction de leurs biens par ces forces ou autorités;

qui ne résulterait de combats ou n'aurait pas été exigée par la situation, se verront accorder leur restitution sans délai ou une indemnité rapide et adéquate. Lorsque la restitution n'est pas possible, les sommes versées à ce titre seront en monnaie librement convertible et librement transférable sans délai indu.

#### *Article 6*

1. Chacune des Parties contractantes autorisera sans délai injustifié les investisseurs de l'autre Partie contractante à transférer librement et dans la devise convertible dans laquelle l'investissement a été effectué ou dans une autre devise convenue entre l'investisseur et les autorités compétentes de l'autre Partie contractante. Les versements qui se rapportent à un investissement, en particulier mais non exclusivement :

*a*) Du capital et des sommes complémentaires nécessaires au maintien ou à l'extension de l'investissement;

- b) Des sommes fixées pour couvrir les dépenses afférentes à la gestion de l'investissement;
- c) Des produits;
- d) Des remboursements d'emprunt;
- e) Du produit de la liquidation ou de la cession totales ou partielles de l'investissement;
- f) Des indemnisations visées aux articles 4 et 5 du présent Accord;
- g) Des paiements versés conformément au règlement d'un différend.

2. Les transferts visés au présent article se feront au cours en vigueur le jour du transfert des versements sur le territoire de la Partie contractante à partir de laquelle le transfert est effectué.

3. Les transferts seront effectués au taux de change en vigueur sur le marché au comptant à la date du transfert. En l'absence d'un marché de devises, le taux à appliquer sera le taux le plus récent appliqué aux investissements intérieurs ou le taux de change des devises en droits de tirage spéciaux ou en dollars des Etats-Unis, le taux le plus favorable à l'investisseur étant retenu.

#### Article 7

##### DROIT DE SUBROGATION

Si une Partie contractante ou une institution habilitée par elle effectue, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, des versements à un investisseur, cette dernière reconnaîtra, sans préjudice des droits de l'investisseur de la première Partie contractante aux termes de l'article 9 du présent Accord et des droits de la première Partie contractante en vertu de l'article 10 du présent Accord, le transfert à cette Partie contractante de tous les droits et prétentions de cet investisseur, sur la base de la législation en vigueur ou d'un acte juridique. L'autre Partie contractante reconnaîtra également le droit de subrogation de la première Partie contractante à tous les droits et prétentions que cette Partie sera habilitée à exercer de la même manière que son prédécesseur en titre. En ce qui concerne le transfert des paiements à effectuer à la Partie contractante concernée au titre des prétentions transmises, les articles 4, 5 et 6 du présent Accord s'appliquent *mutatis mutandis*.

#### Article 8

##### AUTRES OBLIGATIONS

1. Si, en vertu de la législation de l'une des Parties contractantes ou d'obligations de droit international qui existent ou viendraient à exister entre les Parties contractantes en sus du présent Accord, une disposition générale ou particulière stipule qu'il sera accordé aux investissements réalisés par les investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que ne le prévoit le présent Accord, ladite disposition l'emportera sur le présent Accord dans la mesure où elle est plus favorable.

2. Chacune des Parties contractantes respectera toute obligation contractuelle qu'elle aura contractée à l'égard des investisseurs de l'autre Partie contractante en ce qui concerne les investissements qu'elle a autorisés sur son territoire.

### Article 9

#### RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS CONCERNANT LES INVESTISSEMENTS

1. Les différends qui pourraient surgir au sujet d'un investissement entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante seront dans toute la mesure du possible réglés à l'amiable entre les Parties au différend.

2. Si un différend au sens du paragraphe 1 ne peut être réglé dans un délai de trois mois à compter d'une notification écrite de réclamations définies de manière suffisamment précises, il sera soumis pour arbitrage, à la demande de la Partie contractante ou de l'investisseur de l'autre Partie contractante soit :

a) A la conciliation ou à l'arbitrage par le Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investisseurs mis en place par la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats, ouverte le 18 mars 1965 à Washington<sup>1</sup> (Convention de Washington). En cas d'arbitrage, chaque Partie contractante consent d'avance irrévocablement par le présent Accord, même en l'absence d'un accord arbitral spécifique entre la Partie contractante et l'investisseur, à soumettre ledit différend au Centre. Ce consentement implique la renonciation à la condition selon laquelle les recours administratifs ou juridiques internes doivent être épuisés; ou

b) A l'arbitrage par trois arbitres conformément au règlement d'arbitrage de la CNUDCI, tel qu'amendé par le dernier amendement accepté par les deux Parties contractantes au moment du dépôt de la demande de procédure d'arbitrage. En cas d'arbitrage, chaque Partie contractante consent d'avance irrévocablement en vertu du présent Accord, même en l'absence d'un accord arbitral spécifique entre les Parties contractantes et l'investisseur, à soumettre ledit différend au tribunal mentionné.

3. Les sentences arbitrales sont contraignantes et définitives pour les deux Parties aux différends. Elles seront exécutées conformément au droit intérieur de chaque Partie contractante et conformément à la Convention de 1958 des Nations Unies pour la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères<sup>2</sup> (Convention de New York), la Convention de Washington et le règlement d'arbitrage de la CNUDCI.

4. Une Partie contractante qui est partie au différend n'invoquera à aucun stade du règlement du différend ou de la procédure arbitrale ou de l'exécution d'une sentence arbitrale l'exception selon laquelle l'investisseur, qui est l'autre partie au différend, a perçu en vertu d'une garantie une indemnisation pour tout ou partie de ses pertes.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

<sup>2</sup> *Ibid.*, vol. 330, p. 3.

*Article 10*CONSULTATION ET DIVERGENCE  
ENTRE LES PARTIES CONTRACTANTES

1. L'une ou l'autre des Parties contractantes peut proposer à l'autre Partie contractante de la consulter sur toute question affectant l'application du présent Accord. Ces consultations seront tenues sur proposition de l'une des Parties contractantes à un endroit et à un moment convenu par les voies diplomatiques.

2. Les divergences de vues entre les Parties contractantes relatives à l'interprétation ou à l'application du présent Accord seront dans la mesure du possible réglées par des négociations à l'amiable.

3. Si une telle divergence de vues au sens du paragraphe 2 ne peut être réglée dans un délai de six mois, elle sera soumise à un tribunal arbitral à la demande de l'une des deux Parties contractantes.

4. Le tribunal arbitral sera constitué de la manière suivante : chacune des Parties contractantes désigne un membre et les deux membres désignent d'un commun accord une tierce personne qui sera le président du tribunal. Les membres du tribunal devront être désignés dans les deux mois qui suivront la date à laquelle l'une des Parties contractantes aura fait connaître à l'autre son intention de soumettre la divergence de vues à un tribunal arbitral, et le président dans les deux mois suivants.

5. Si les délais visés au paragraphe 4 ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes pourra, faute d'un autre arrangement, prier le président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le président de la Cour internationale de Justice est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison d'exercer ses fonctions, le vice-président ou, en cas d'empêchement, le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice sera invité dans les mêmes conditions à procéder aux nominations.

6. Le tribunal arbitral établira sa propre procédure.

7. Le tribunal arbitral prendra ses décisions en fonction du présent Accord et conformément aux règles généralement reconnues de droit international. Il se prononcera à la majorité des voix; sa décision sera définitive et obligatoire.

8. Les Parties contractantes supporteront chacune les frais de leur arbitre et de leurs représentants à la procédure arbitrale; les frais du président et les autres frais seront répartis à égalité entre les deux Parties contractantes. Le tribunal pourra toutefois fixer dans sa décision un autre mode de répartition des frais.

*Article 11*

## APPLICATION DE L'ACCORD

Le présent Accord s'appliquera aux investissements réalisés sur le territoire de l'une des Parties contractantes conformément à sa législation par les investisseurs de l'autre Partie contractante après le 29 décembre 1990.

*Article 12*

## CONSULTATIONS

Dans la mesure où la participation de l'une des Parties contractantes à une communauté économique affecte l'application des dispositions du présent Accord, les deux Parties contractantes régleront les questions en suspens par des consultations.

*Article 13*

## AMENDEMENTS

Lors de l'entrée en vigueur du présent Accord ou à tout autre moment ultérieur, les dispositions du présent Accord peuvent être amendées d'une manière convenue entre les deux Parties contractantes. Ces amendements entreront en vigueur lorsque les Parties contractantes se seront notifiées de l'accomplissement des conditions constitutionnelles requises pour l'entrée en vigueur.

*Article 14*

## ENTRÉE EN VIGUEUR ET DURÉE DE VALIDITÉ

1. Le présent Accord est soumis à ratification et entrera en vigueur le 1<sup>er</sup> jour du troisième mois suivant celui où les instruments de ratification auront été échangés.

2. Le présent Accord demeurera en vigueur pendant 10 ans; à l'expiration de ce délai, il sera reconduit pour une nouvelle période de 10 ans et pourra être dénoncé par écrit, par la voie diplomatique, par l'une des Parties contractantes avec un délai de préavis de 12 mois.

3. En ce qui concerne les investissements réalisés jusqu'à la date d'expiration du présent Accord, les articles 1 à 11 du présent Accord s'appliqueront encore pendant 10 ans à compter de cette date.

FAIT à Vienne, le 28 juin 1996 en deux exemplaires originaux, en langues allemande, lituanienne et anglaise. Tous les textes faisant également foi. En cas de divergence d'interprétation, le texte anglais prévaudra.

Pour la République  
d'Autriche :

WOLFGANG SCHÜSSEL

Pour la République  
de Lituanie :

COVILAS GYLYS

---